



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

Tagesordnung I Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 12. Juni 2018

Vorlagen-Nr. 18-F-20-0004

Elterntaxis entgegenwirken

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 5.6.2018 -

Der von den Eltern gut gemeinte morgendliche Transport ihrer Kinder mit dem Auto, bis vor den Eingang der Schule ist laut ADAC gefährlicher, als die Kinder selbst zur Schule gehen zu lassen. So gefährden laut einer vom ADAC zitierten Studie der Bergischen Universität Wuppertal in vielen Fällen Eltern durch regelwidriges Anhalten oder riskante Wendemanöver die Sicherheit anderer Schulkinder und Verkehrsteilnehmer teilweise massiv. Zudem gehen durch regelmäßige Hol- und Bringdienste die selbstständige Mobilität von Schulkindern verloren.

Durch Anschauung der morgendlichen Bringverkehre vor den Grundschulen in Wiesbaden bestätigt sich auch subjektiv vielfach das zitierte Ergebnis der Studie.

Mit verschiedenen Aktivitäten wird überall in der Bundesrepublik versucht, das Problem der Elterntaxis in den Griff zu bekommen.

So werden beispielsweise in Hannover versuchsweise morgens die Zufahrtsstraßen zu den Grundschulen abgesperrt und kontrolliert, so dass die Kinder nicht direkt vor die Schule gefahren werden können oder in Hamburg Bannmeilen für den Autobringverkehr rund um Grundschulen eingerichtet; der ADAC schlägt besondere Elterntaxihaltstellen vor, um die Risiken für die Schulkinder zu verringern.

Der Ausschuss wolle beschließen:

- 1) Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie er die Problematik der Elterntaxis einschätzt.
- 2) Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob bereits Gegenstrategien entwickelt wurden.
- 3) Sollte dies der Fall sein zu berichten, ob die Einrichtung von Elterntaxihaltstellen oder die Sperrung von Zufahrtsstraßen nach dem Modell Hannover als geeignete Maßnahmen betrachtet werden.
- 4) Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob eine dieser vorgeschlagenen Maßnahmen probeweise an einer Wiesbadener Schule eingeführt werden könnte.

Beschluss Nr. 0093

- 1) Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie er die Problematik der Elterntaxis einschätzt.
- 2) Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob bereits Gegenstrategien entwickelt wurden.
- 3) Sollte dies der Fall sein zu berichten, ob die Einrichtung von Elterntaxihaltstellen oder die Sperrung von Zufahrtsstraßen nach dem Modell Hannover als geeignete Maßnahmen betrachtet werden.
- 4) Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob eine dieser vorgeschlagenen Maßnahmen probeweise an einer Wiesbadener Schule eingeführt werden könnte.
- 5) Der Magistrat möge prüfen, inwiefern ÖPNV-Angebote zur Lösung des Problems beitragen können.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2018

Volk-Borowski
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2018

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2018

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister